



02. März 2018

Mit diesem Newsletter berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Internationaler Frauentag – Gleichstellung bleibt Herzensangelegenheit der SPD**
- **Fahrverbote vermeiden – Eigentümer von Dieselfahrzeugen nicht im Regen stehen lassen**
- **CDU benennt Minister für eine mögliche GroKo**
- **Nordhessen mehrheitlich für die Große Koalition**

Internationaler Frauentag – Gleichstellung bleibt Herzensangelegenheit der SPD

Der 8. März ist ein guter Zeitpunkt, um in Sachen Gleichstellung Bilanz zu ziehen.

Es lohnt an dieser Stelle, gerade für uns Genossinnen und Genossen, der Blick nach innen zu richten: In Deutschland haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Wir sind in Sachen Gleichberechtigung ein gutes Stück vorangekommen. Die Einführung der Frauenquote war ein Meilenstein.

Mit der Quote haben wir Sozialdemokraten durchgesetzt, dass Frauen zukünftig für Führungspositionen in der freien Wirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst, nicht mehr übergangen werden können. Ein weiterer wesentlicher Schritt zu mehr

Gleichberechtigung war die Transparenz bei den Gehaltsstrukturen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, das müsste eigentlich längst eine Selbstverständlichkeit sein. Gerade hier sind aber noch viele Maßnahmen nötig, um nicht nur die Einkommens- sondern auch die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.

Die Förderung partnerschaftlicher Arbeitsteilung, höhere Anerkennung von Kindererziehungs- und Familienpflegezeiten, familienfreundlichere Arbeitszeiten und Arbeitszeitkonten sowie bessere und flexiblere Kinderbetreuung – auch über das Kindergartenalter hinaus – sind dabei wichtige Maßnahmen, um vor allem Frauen zu ermöglichen, Familie und Beruf zu verbinden.

Auch vor ungewöhnlichen Projekten sollten wir nicht zurückschrecken: Führungsverantwortung für Frauen in Teilzeit klingt auf den ersten Blick ungewöhnlich. Der Praxistest aber zeigt: Führen in Teilzeit ist möglich.



Und Führen in Teilzeit sorgt dafür, dass viele Frauen ihre hervorragende Ausbildung auch in den Zeiten der Kindererziehung nicht brachliegen lassen müssen.

„Darum ist eine erneute Beteiligung an der Regierung so wichtig“, sind Edgar Franke und Esther Dilcher sich einig. „Wir müssen den fortschrittlichen Kurs in der Frauen- und Familienpolitik konsequent weitergehen. Der Fachkräftemangel beginnt sich bereits in verschiedenen Branchen abzuzeichnen. Wir sind daher zukünftig mehr denn je auf unsere hervorragend qualifizierten Frauen angewiesen.

Um aber auf ihre Arbeitskraft und ihr Können zurückgreifen zu können, müssen wir gleichzeitig darauf achten, dass wir auch die Kommunen ausreichend unterstützen, damit diese die entsprechende Infrastruktur bereithalten können: Kinderbetreuung – auch nach der Grundschule – muss endlich überall flächendeckend ausgebaut werden.“

Und natürlich lohnt hier der Blick über den Tellerrand: In vielen europäischen Ländern sind Ganztagschulen und Betreuung am Nachmittag längst Standard. In den Koalitionsvereinbarungen haben wir durchgesetzt, dass dies auch bei uns endlich überall Standard werden soll. Für mehr Partnerschaftlichkeit und für mehr Gleichstellung brauchen wir die SPD.

Als Anlage zu diesem Beitrag haben wir die Synopse: Bewertung des Koalitionsvertrags aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht von Elke Ferner (ASF-Bundesvorsitzende) angehängt.

Fahrverbote vermeiden – Eigentümer von Dieselfahrzeugen nicht im Regen stehen lassen

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Fahrverbote auch von einzelnen Kommunen verhängt werden können, wenn diese die einzige Möglichkeit darstellen die vorgeschriebenen Grenzwerte einzuhalten. Der Grenzwert für das Reizgas Stickstoffdioxid, der zusammen mit anderen Grenzwerten seit 2010 gilt, wird bereits in rund 70 Kommunen überschritten. Diese Kommunen könnten jetzt theoretisch Fahrverbote verhängen.



Allerdings hat das Gericht aber in seinem Urteil ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Fahrverbote nur als Ultima Ratio, also als letzte Lösung infrage kämen. Des Weiteren müssen die zur Sauberhaltung der Luft eingeleiteten Maßnahmen auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfüllen.

Es steht außer Frage, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht, um die Luftqualität in unseren Städten zu verbessern. Klar ist aber auch: wir müssen bei den Schritten, die nun erfolgen müssen, alle Betroffenen und Geschädigten im Auge behalten.

Neben den Autofahrern, die unmittelbar betroffen sind, belastet ein Fahrverbot auch die Kommunen. Der Städte- und Gemeindebund befürchtet im Falle von Fahrverboten zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Autobesitzer klagen, weil ihnen die Zufahrt verwehrt wird, beispielsweise zu ihrem Arbeitsplatz. Sehr negativ würden sich Fahrverbote im Bereich des Handwerks, Gewerbes und der Logistik auswirken. Kleine und mittlere Unternehmen, die einen kleinen Fuhrpark unterhalten, kann dies schnell in eine Existenz gefährdende Lage bringen.

Ziel der SPD ist es daher, Fahrverbote unbedingt zu vermeiden. Aber wir verstehen das Urteil auch als eine Art Weckruf. Bevor Fahrverbote verhängt werden, sollten wir alle Maßnahmen ausschöpfen, um in den Kommunen möglichst rasch für eine bessere Luftqualität zu sorgen: Mit dem Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ werden wir jährlich 1 Milliarde Euro dafür zur Verfügung stellen. Auch müssen wir über neue Grenzwerte für Taxis, Busse und LKWs nachdenken. Ihre Umstellung auf saubere Antriebe muss entsprechend staatlich so gefördert werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen mitziehen können.



Daneben wollen wir die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen fördern. Die Elektromobilität wollen wir zudem weiter ausbauen und fördern. Auch müssen wir den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten. Dies gilt nicht nur für die städtischen Zentren und Ballungsräume. Auch mittlere und kleine Städte können

ihre Luftqualität durch einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr nachhaltig verbessern.

Das Befreien der Innenstädte von Autos und die Umstellung auf Elektromobilität und andere alternative Antriebe werden jedoch nicht in wenigen Jahren zu realisieren sein. Darüber hinaus dürfen wir auch nicht vergessen, dass die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide in den Innenstädten sehr ambitioniert sind. An Arbeitsplätzen sind beispielsweise um ein vielfaches höhere Grenzwerte erlaubt. Wir werden also noch eine Weile an den Verbrennungsmotoren festhalten müssen, um einen vernünftigen Übergang bewerkstelligen zu können.

Auch wenn Kommunen, aufgrund des Urteils von Leipzig, ausdrücklich auch ohne bundesweite Regelung handeln dürfen, würde eine bundeseinheitliche Regelung (blaue Plakette) den Vollzug vereinfachen. Das Instrument der Umweltplakette hat sich hierbei bewährt und hat geholfen, einen willkürlichen Flickenteppich zu vermeiden. Wenn sich die neue Bundesregierung mit den Ländern und Kommunen über die weiteren Schritte berät, sollte auch über die blaue Plakette intensiv nachgedacht werden.

Diese verschiedenen, hier skizzierten Maßnahmen dürfen aber nicht von der Verantwortung auf Seiten der Hersteller ablenken. Wir wollen und dürfen auch die Unternehmen nicht aus der Pflicht lassen. Auch hier gilt: Bevor Fahrverbote verhängt werden, ist die technische Nachrüstung der Fahrzeuge gefordert.

Die technische Nachrüstung der Fahrzeuge ist – wie erst kürzlich der ADAC bestätigt hat – wirksam und wird vielen Dieselfahrern ermöglichen, weiterhin ihre Fahrzeuge zu nutzen. Auch die Kaufprämien für Neufahrzeuge müssen von den Unternehmen erhöht werden, da sich viele Besitzer älterer Fahrzeuge sonst kein neues Auto werden leisten können.

Die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke sind sich einig: Wir dürfen die Menschen, die im guten Glauben vor ein paar Jahren einen Diesel gekauft haben, nicht allein lassen. „Wir werden daher ein Bündel von Maßnahmen beschließen und anstoßen müssen, um möglichst schnell die gewünschten Effekte – saubere Luft und zufriedene Nutzerinnen und Nutzer – zu erreichen.“

CDU benennt Minister für eine mögliche GroKo

Dies sind die Namen für die sechs Ministerposten, die die CDU in einer neuen großen Koalition besetzen will:

Peter Altmaier - Wirtschaft
Helge Braun - Kanzleramt
Anja Karliczek - Bildung
Julia Klöckner - Landwirtschaft
Ursula von der Leyen - Verteidigung
Jens Spahn - Gesundheit

Damit geht neben dem bisherigen Innenminister Thomas de Maizière auch der amtierende Gesundheitsminister Hermann Gröhe, zwei langjährige Vertraute der Kanzlerin, leer aus. Das hätte kaum einer vor den Verhandlungen gedacht.

Zwei Überraschungen sind dabei: Mit Jens Spahn bindet die Kanzlerin einen ihrer profiliertesten Kritiker ins Kabinett ein. Auch die 46-jährige Anja Karliczek aus Nordrhein-Westfalen gehörte in den vergangenen Tagen nicht zu den gehandelten Namen der möglichen CDU-Minister. Sie sitzt erst seit 2013 im Bundestag und ist parlamentarische Geschäftsführerin in der Unionsfraktion.

Mit Jens Spahn hat Gesundheitsexperte Edgar Franke vor allem in seiner ersten, der 17. Wahlperiode schon gut zusammengearbeitet. „Als Gesundheitsminister ist Jens Spahn mindestens ebenso qualifiziert, wie Hermann Gröhe, mit dem ich als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses sehr gut zusammenarbeiten konnte. Ich denke, auch mit Spahn könnten wir einiges bewegen, auch wenn wir in wichtigen Punkten wie der Bürgerversicherung nicht immer einer Meinung sind“, so Franke zur Personalentscheidung.



Franke im Gesundheitsausschuss mit Gesundheitsminister Gröhe

Interessant: Der Gesundheitsbereich im letzten Koalitionsvertrag wurde das letzte Mal mit Jens Spahn verhandelt und dann mit Minister Gröhe umgesetzt. Die Gesundheitspolitik war stark sozialdemokratisch geprägt und erfolgreich. Und dieses Mal? Wir haben mit Gröhe verhandelt und sollen es mit Spahn umsetzen. Und wieder wollen wir unsere sozialdemokratische Handschrift deutlich machen, wenn es zur GroKo kommt.

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Ministerkandidaten und Parlamentarischen Staatssekretäre aber erst nach dem Entscheid der Parteibasis zur GroKo bekanntgeben. Über das künftige Kabinett entscheiden wir erst dann, wenn uns die Mitglieder dafür den Auftrag gegeben haben.

Doch unabhängig vom Ausgang des Mitgliedervotums müssen wir als Partei gemeinsam nach vorne schauen und über konkrete Maßnahmen der Parteierneuerung beraten. Und das wird einfließen in die Gestaltung unserer Arbeit als Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir werden dabei die Beteiligungsformate fortführen und ausbauen.

Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für die Erneuerung der Partei, darauf wird es ankommen. Anders als die CDU, die ihre Erneuerung an ein paar neue Gesichter im Kabinett knüpft, setzen wir auf eine inhaltliche und personelle Erneuerung, die auf einer breiteren Basis steht. Denn die SPD war nie ein „Kanzlerwahlverein“, sondern eine lebendige, diskussionsfreudige Partei, die den politischen, zum Teil auch kontroversen Diskurs liebt!

Nordhessen mehrheitlich für die Große Koalition

Die Dialogveranstaltung für den SPD-Bezirk Hessen-Nord in Schauenburg über den Koalitionsvertrag zeigt ein klares Bild: Die klare Mehrheit der anwesenden Parteimitglieder sprach sich für eine erneute Große Koalition aus. Ohne eine Regierungsbeteiligung könnten viele sozialdemokratische Anliegen nicht umgesetzt werden.



Der nordhessische Bezirksvorsitzende, Manfred Schaub, sieht eine Reihe von sozialdemokratischen Forderungen, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Rente, aber auch Gesundheit im Koalitionsvertrag berücksichtigt. Jetzt gelte es, diese Punkte durch Regierungshandeln auch tatsächlich umzusetzen. Dieses sei aber nur durch eine aktive Beteiligung an der Regierung mit eindeutiger sozialdemokratischer Politik möglich.

Die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke haben auch in Ihren Wahlkreisen Dialogveranstaltungen durchgeführt. Esther Dilcher in Baunatal (hier zusammen mit Timon Gremmels), Vöhl-Herzhausen (mit Edgar Franke), Hofgeismar, Wolfhagen und Bad Arolsen-Mengeringhausen. Edgar Franke in Vöhl-Herzhausen (mit Esther Dilcher), Guxhagen, Borken (Hessen), Schwalmstadt, Neukirchen und Gudensberg.

Auch Dilcher und Franke beurteilen die Stimmung in Nordhessen positiv: „Eine Mehrheit, davon sind wir überzeugt, wird sich für den Koalitionsvertrag aussprechen.“ Beide sind überzeugt, dass die SPD gut verhandelt hat. „Wir geben außerdem zu bedenken, so die Abgeordneten weiter, dass eine Nichtbeteiligung an der Regierung für die Wählerinnen und Wähler einen Verlust an sozialdemokratischer Stärke darstellt. Sie werden nicht begreifen, warum wir das Zepter freiwillig aus der Hand geben.

„Außerdem haben wir nur in der Regierung die Chance, bestimmte Vorhaben, vor allem im Bereich Gesundheit und bei der sachgrundlosen Befristung noch weiter in eine sozialdemokratische Richtung zu entwickeln“, so die Abgeordneten weiter.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt überzeugen auch die GroKo-Gegner die Punkte Stabilisierung des Rentenniveaus und Schaffung einer Grundrente oberhalb der Grundsicherung. Auch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge, mehr Geld für die Eingliederung von Arbeitslosen und eine Ausbildungsmindestvergütung sowie die Einschränkung sachgrundlos befristeter Arbeitsverhältnisse und hohe Investitionen für den Bau bezahlbarer Wohnungen wurden positiv bewertet. Insgesamt sollen zusätzlich 46 Milliarden für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur eingesetzt werden.

„Und genau hier wollen wir ansetzen und im Zuge der Gesetzgebung daran arbeiten, die sozialdemokratische Handschrift noch deutlicher sichtbar zu machen“, so die Abgeordneten abschließend. Dafür brauchen wir euer „JA“.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.